



# taz.die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 9967 | 48. WOCHEN | 34. JAHRGANG

DIENSTAG, 27. NOVEMBER 2012 | WWW.TAZ.DE

€ 1,90 AUSLAND | € 1,30 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



**FRAUEN** Feministische Popkultur: Wie Sonja Eismann und Co. um das „Missy Magazine“ kämpfen > SEITE 18

**TEXTILIEN** Brände in Kleiderfabriken: Auch Kik ließ in Bangladesch produzieren > SEITE 2, 14

**BERLIN** In Marienfelde organisieren Flüchtlinge ihr eigenes Internetcafé > SEITE 21

Fotos oben: privat, Miguel Lopes

VERBOTEN

Guten Tag!

Jetzt läuft's. Der Wahlkampf von „Problem-Peer“ (*Handelsblatt*, *Bayernkurier*) kommt in Gang. Kaum hatte der Kandidat die unwichtige Zielgruppe „Frauen unter 40“ offiziell vertrieben („Ich werde nicht zum Kuschel-Peer“), bekam er im Gegenzug *verboten*s Unterstützung. Nun melden sich münchlich weitere Fans, die ihn gleich ganz für sich vereinnahmen. „Borussia Dortmund hat sogar einen eigenen Kanzlerkandidaten“, so Vereinsboss Watzke stolz über Aufsichtsrat Peer. So sind wir mit Helmut Schmidt schon drei Unterstützer. Wenn das so weitergeht, steigt die Zahl der Steinbrück-Wähler noch bis zu einer kompletten

Altherrenmannschaft.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 12.208 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren. Infos unter [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de) oder 030 25 90 22 13  
**Aboservice:** 030 25 90 25 90 fax 030 25 90 25 80 [abomail@taz.de](mailto:abomail@taz.de)  
**Anzeigen:** 030 25 90 22 38 | 90 fax 030 25 06 94 [anzeigen@taz.de](mailto:anzeigen@taz.de)  
**Kleinanzeigen:** 030 25 90 22 22  
**Redaktion:** 030 259 02-0 fax 030 251 51 30, [brieife@taz.de](mailto:brieife@taz.de)  
**taz.die tageszeitung**  
 Postfach 610229, 10923 Berlin  
**taz im Internet:** [www.taz.de](http://www.taz.de)  
[twitter.com/tazgezwitscher](https://twitter.com/tazgezwitscher)  
[facebook.com/taz.kommune](https://facebook.com/taz.kommune)

## Von AKWs umzingelt

**NACHBARN** Auch nach dem deutschen Atomausstieg werden viele Bundesbürger in der Nähe von gefährlichen Kraftwerken leben. Manche Europäer bauen sogar neue



**BERLIN taz** | Tschechien setzt für viele Jahrzehnte auf Atomkraft. Nach dem jüngsten Energiekonzept der Regierung sollen 55 Prozent des in Tschechien erzeugten Stroms bis 2040 aus der Atomkraft kommen. Das Land will in Dukovany und Temelin drei weitere Reaktoren bauen. Dabei sind dortige Sicherheitsmängel nicht behoben – die Atomaufsicht verstrickt sich nach taz-Recherchen in Widersprüche.

Jenseits der deutschen Grenzen werden AKWs auch nach Deutschlands Atomausstieg weiterlaufen: in Belgien bis 2025, in Frankreich bis 2028, in der Schweiz bis 2034, in Südschweden bis 2025, Polen und Großbritannien planen Neubauten. Eine europaweite Renaissance der Atomkraft gibt es dennoch nicht: Bis 2030 gehen über 100 der 137 Reaktoren in der EU und in der Schweiz vom Netz. **IA** > Schwerpunkt SEITE 3

Illustration: Christian Barthold

KOMMENTAR VON LUKAS WALLRAFF ZUR NUTZUNG DER ATOMKRAFT IN DEN NACHBARLÄNDERN

## Energiewende vorleben

Es ist ein Irrsinn. Jeder kleine Gartenbesitzer sollte seine Nachbarn um Erlaubnis fragen, wenn er einen größeren Schuppen bauen will. Der könnte ja die Aussicht stören und zu Klagen führen. Gleichzeitig darf jedes Land weiter direkt an seinen Grenzen einfach so Atomkraftwerke hinstellen, auch in der EU. Und das, obwohl die Reaktoren im Schadensfall je nach Windrichtung auch die Menschen in den Nachbarländern existenziell bedrohen. Niemand kann etwa die Tschechen daran hindern, ihrem Pannkraftwerk Temelin zwei weitere hinzuzufügen. Entfernung nach Deutschland: 60, nach Österreich 50 Kilometer.

Da fragt man sich als besorgter Bürger: Muss das einfach hin-

genommen werden? Was bringt unser feiner Atomausstieg, wenn ringsum die Meiler weiterlaufen? Kann unsere Regierung da nichts tun? Leider wenig. Die Deutschen haben schließlich früher auch nicht nachgefragt, ob es die atomfreien Österreicher stören würde, wenn die Kraftwerke Isar I und II ihr schönes Tirol verstrahlen.

Hilft also nur beten, dass nichts passiert? Und was sollen dann Atheisten tun? Jedenfalls nicht auf die EU hoffen. Im Gegenteil: Würde man zur Zukunft der Atomkraft europaweite Regeln auserhandeln, wäre der kleinste gemeinsame Nenner eher ein Ausstieg im Jahr 2095 als der deutsche Ausstiegsplan. Die „German Angst“ vor der Atomkraft ist für viele Europäer

auch nach Fukushima noch ein Fremdwort. Aber nicht für alle. Und hier kann man ansetzen: So hat der gemeinsame Protest deutscher und französischer Aktivistinnen ein klein wenig dazu beigetragen, dass das Uralkraftwerk Fessenheim am Rhein 2016 abgeschaltet wird.

Der wichtigste deutsche Beitrag zum gesamteuropäischen Atomausstieg wäre aber eine gelungene Energiewende im eigenen Land. Die Deutschen sollten ihre Nachbarn nicht wieder belehren, sondern einfach den Beweis erbringen, dass ein Industrieland gut ohne Atomenergie auskommen kann. Auch daran möchte man denken, bevor man sich zu sehr über die nächste Strompreissteigerung um 2,50 Euro im Monat aufregt.

## Arafat wird aus dem Grab geholt

**MORDVERDACHT** Experten untersuchen Leichnam des Palästinenserchefs

**RAMALLAH taz/dpa** | Acht Jahre nach seinem Tod soll der frühere Palästinenserpräsident Jassir Arafat am Dienstag exhumiert werden. Damit soll geklärt werden, ob der 75-jährige einem Giftmord zum Opfer fiel. Nach der Öffnung des Grabes in Ramallah wollen Experten aus Frankreich, der Schweiz und Russland Proben der sterblichen Überreste entnehmen. Arafat war 2004 in einer Klinik bei Paris gestorben, die Todesursache wurde nicht zweifelsfrei geklärt. Seither hält sich bei vielen Palästinensern der Verdacht, Israel habe Arafat vergiftet. Dieser Verdacht verstärkte sich, als im Juli an Arafats Unterwäsche Spuren von Polonium gefunden wurden. > Schwerpunkt SEITE 4

## Tierschützern reicht das Sex-Verbot nicht aus

**FREIBURG taz** | Der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes begrüßt das geplante Verbot von Sex mit Tieren, fordert aber noch strengere Gesetze. „Geldbußen reichen nicht aus“, sagte Thomas Schröder der taz. Die sogenannte Sodomie oder Zoophilie müsse strafbar werden. Derzeit ist sie nur strafbar, wenn dem Tier „erhebliche Schmerzen oder Leiden“ zugefügt werden. Künftig soll Sex mit Tieren generell geahndet werden. Schröder nennt die angekündigte Verfassungsklage der Zoophilen aussichtslos. „Sex von Tieren mit Menschen ist artwidrig, das bestätigen alle Wissenschaftler.“ **CHR** > Wirtschaft + Umwelt SEITE 8

ANZEIGE

Die aktuelle Ausgabe jetzt im Handel erhältlich oder unter [www.mare.de](http://www.mare.de)



Probeheft anfordern unter [www.mare.de/gratisheft](http://www.mare.de/gratisheft)



4 190254 801303

NACHRICHTEN

WEIHNACHTSZEIT

TÜV warnt vor gefährlichen Lichterketten



Bei jeder fünften Kette besteht Stromschlaggefahr Foto: ap

KÖLN | Viele elektrische Lichterketten sind gefährlich. Zur Weihnachtszeit hat der TÜV Rheinland wieder einmal solche Ketten getestet...

ADVENTSKALENDER

Mineralöl in Schokolade

BERLIN | Die Stiftung Warentest hat in der Schokolade von Adventskalendern Rückstände von Mineralöl nachgewiesen.

GELDMARKTPAPIERE

Bund kassiert beim Schuldenmachen

BERLIN | Der Bund hat beim Schuldenmachen erneut eine Prämie kassiert. Die Auktion von einjährigen Geldmarktpapieren spülte gestern mehr als 2,7 Milliarden Euro in die Staatskasse.

SAMSUNG-ZULIEFERER

Exzessive Überstunden in China

SEOUL | Bei der Produktion von Samsung-Geräten in China müssen manche Arbeiter exzessiv Überstunden leisten...

Table with market data: DAX (7286), NAI (4828), EURO (1,2959), GOLD (1749), ÖL (110,4), CO2 (6,75)

„Sodomie-Verbot ist Feigenblatt“

GESETZ Tierschutzbund begrüßt, dass Sex mit Tieren künftig geahndet werden soll. Angriff auf Zoophilie

FREIBURG taz | „Endlich wird der sexuelle Missbrauch von Tieren verboten“, sagt Thomas Schröder...

Dem Tierschutzbund geht die geplante Gesetzesverschärfung nicht weit genug. „Wir halten es für inkompetent, solches Verhalten nur als Ordnungswidrigkeit zu werten...“

Wie die taz am Montag berichtet hatte, soll Sex mit Tieren (auch Sodomie oder Zoophilie genannt) künftig mit bis zu 25.000 Euro Bußgeld geahndet werden.

Der Tierschutzbund tritt seit Jahren dafür ein, Sodomie wieder als Straftat zu werten. Dies war bis 1969 der Fall. Dann könnten auch Freiheitsstrafen angedroht werden.

Schröder hat keine Zweifel, dass für Tiere sexuelle Handlungen mit Menschen „artwidrig“ und damit schädlich sind.

Zu früh zum Feiern

Schröder warnte die Koalition, „sich jetzt für das Zoophilie-Verbot feiern zu lassen“. Viele dringende Probleme seien von der Bundesregierung nicht angepackt worden...

Teilsieg für Stromtrassengeegner

ENERGIEWENDE Die Bundesnetzagentur verwirft den Neubau von 1.100 Kilometer Stromleitungen – aber nur vorerst. Anfang 2013 soll der Bundestag entscheiden



Bekommen weniger zu tun: Arbeiter an neuer Stromleitung Foto: dapd

VON MANUEL BERKEL

BERLIN taz | Die Gegner des massenhaften Ausbaus des Stromnetzes haben einen Teilsieg errungen. Die Bundesnetzagentur hat die Pläne der Übertragungsnetzbetreiber um etwa ein Drittel gekürzt.

Die Bundesnetzagentur hat gestern die von ihr geprüfte Version des sogenannten Netzentwicklungsplans an Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) übergeben.

werke sicherzustellen und die europäischen Energiemärkte miteinander zu verknüpfen.

Die Netzagentur sah jedoch für einen Großteil der Trassen keine Notwendigkeit. „So sind beispielsweise zum jetzigen Zeitpunkt nur drei von vier HGÜ-Korridoren bestätigt worden“.

Vorerst abgelehnte Vorhaben können nächstes Jahr neu geprüft werden

„Im Ergebnis bestätigen wir heute nur die Netzausbauvorhaben, die nach strengen Kriterien auch unter veränderten energiewirtschaftlichen Bedingungen unverzichtbar sind.“

Neben sieben Neubauprojekten mit Längen zwischen 16 und 670 Kilometern verwarf die Netzagentur auch 16 weitere Maßnahmen...

hende Strommasten gehängt oder neue Masten in bestehenden Trassen aufgestellt werden sollten. Die Netzbetreiber hatten auf 1.300 Kilometern Neubestellungen vorgesehen...

Noch im Dezember wird die Bundesregierung den Entwurf für das sogenannte Bestandsbedarfsplangesetz verabschieden, das die Notwendigkeit der neuen Trassen gesetzlich festschreiben wird.

Schon 2009 hatte die Bundesregierung den Neubau von 1.900 Kilometern neuer Trassen beschlossen. Wegen langer Planungszeiträume...

WORT ZUR TAZ logo

Sie geben dem Journalismus Zukunft

Die 260 jungen Talente, die sich in der taz Akademie bisher fortgebildet haben. Jährlich finden vier Workshops statt.

Die vielen HeldInnen des Alltags, die der taz Panter Preis ehrt, weil sie mit ihren Initiativen die Gesellschaft ein Stück menschlicher machen.

Die 2000 StifterInnen & SpenderInnen, die mit ihrem Spendengeld die Stiftung arbeitsfähig gemacht haben.



Jetzt spenden und die Projekte unterstützen!

Ihre Zuwendungen an die gemeinnützige taz Panter Stiftung sind steuerlich absetzbar.

taz.panterstiftung

Spendenkonto:

Weitere Infos unter: www.taz.de/stiftung Telefon | 030-25 90 22 13

taz Panter Stiftung GLS Bank Bochum Bankleitzahl 430 609 67 Konto-Nr. 11 03 71 59 00

Hilfe ja, Entlastung nein

SCHULDENKRISE Die Eurogruppe will Notkredite an Griechenland freigeben, doch nachhaltige Besserung ist nicht in Sicht – im Gegenteil. Spanien kann schon bald mit Hilfen aus dem Eurorettungsschirm rechnen

BRÜSSEL taz | Griechenland muss sich auf eine ungewisse Zukunft einstellen. Zwar wollten die Finanzminister der Eurozone gestern in Brüssel grünes Licht für neue Notkredite geben.

Griechenland wartet seit Wochen auf die nächste, fest zugesagte Hilfstranche von 31,5 Milliarden Euro. Die Eurogruppe hat bereits zweimal über die Freigabe

beraten, konnte sich jedoch nicht auf die Rahmenbedingungen einigen. IWF-Chefin Christine Lagarde fordert einen zweiten Schuldenschnitt...

Deutschland und andere Eurländer sind jedoch strikt dagegen, weil sie damit erstmals auf Forderungen gegenüber Athen verzichten müssten.

2014 und 2016 ein Monitoring unseres Wegs geben“, sagte Fekter.

Unklar war zu nächst noch, ob sich der IWF mit dieser Vertagung des Problems einverstanden erklären würde. Auch für die Zeit bis 2014 klafft noch eine Finanzlücke von rund 14 Milliarden Euro.

Während die Details des neuen Griechenland-Pakets noch verhandelt wurden, stehen die nächsten Auflagen für Athen schon weitgehend fest. Man habe

sich auf schärfere Kontrollen geeinigt, sagte Schäuble letzte Woche. So ist geplant, die neuen Hilfskredite auf ein Sperrkonto zu überweisen...

Bei einem anderen europäischen Sorgenkind geht alles offenbar schneller: Spanien kann schon bald mit den ersten Milliarden aus dem Eurorettungsschirm ESM zur Stabilisierung seiner Banken rechnen.

ERIC BONSE